

Allgemein/Sozialstaat

Fragen 1-3

1. Starke Kommunen bedeuten ein starkes soziales Netz.

Städte und Gemeinden übernehmen immer mehr soziale (Pflicht-)Aufgaben, von der Kinderbetreuung bis zur Schulsanierung.

Die SPD setzt sich deshalb für eine bessere Finanzierung der Kommunen aus den Steuereinnahmen des Bundes ein.

In Heidelberg weniger präsent aber in vielen Kommunen Deutschlandweit: Altschulden. Das müssen wir auch lösen, damit Kommunen wieder investieren können – in soziale Angebote, bezahlbaren Wohnraum und eine funktionierende Infrastruktur.

2. Soziale Sicherheit ist das Fundament unserer Demokratie.

Deshalb hat die SPD sichergestellt, dass die Renten stabil bleiben – das Rentenniveau soll nicht unter 48 % sinken. Zudem wollen wir eine bessere Absicherung für Geringverdiener, damit niemand nach einem langen Arbeitsleben in Armut fällt. Auch das Gesundheits- und Pflegesystem müssen wir modernisieren und gerechter finanzieren. Die SPD setzt sich für eine solidarische Bürgerversicherung ein, in die alle einzahlen – auch Beamte und Selbstständige. So stellen wir sicher, dass das System auf lange Sicht tragfähig bleibt.

3. Ich sehe es in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Verbänden immer wieder: Das Sozialsystem ist zu kompliziert. Wer in Not gerät, braucht schnelle Hilfe – und nicht endlose Anträge. Wir müssen Leistungen vereinfachen, digitalisieren und zusammenfassen, damit Hilfe direkt bei den Menschen ankommt. Außerdem wollen wir Beratungsangebote stärken, denn viele Menschen wissen gar nicht, was ihnen zusteht. Ein Sozialstaat, der funktioniert, stärkt das Vertrauen in die Politik. Gleichzeitig darf die Digitalisierung nicht diejenigen ausschließen, die z.B. keine Emailadresse haben oder sich nicht im digitalen Raum bewegen. Analoge Angebote müssen weiterhin verfügbar sein.

Bürgergeld

Fragen 4-8

4. Das Bürgergeld wurde eingeführt, um Menschen schneller in Arbeit zu bringen und ihnen Sicherheit zu geben. Ich halte es für richtig, dass das System nicht mehr auf Strafen setzt, sondern auf Qualifizierung und Beratung. Dennoch müssen wir weiter daran arbeiten, dass Jobcenter Menschen besser unterstützen, statt sie nur zu verwalten.

5. Ich weiß, dass oft irgendwelche Zahlen durch die Medien geistern, die angeblich zeigen, wie viel Bürgergeldempfänger:innen bekommen und wie wenig Arbeitnehmer:innen. Da werden oft Äpfel mit Birnen verglichen.

Fakt ist: Die Regelsätze sind so gestrickt, damit sie wirklich das Existenzminimum sichern. Da kann man nicht viel kürzen. Im Gegenteil: Sollten die Lebenshaltungskosten weiter steigen, müssen wir das Bürgergeld entsprechend anpassen.

6. Ich glaube nicht, dass eine Arbeitspflicht der richtige Weg ist. Viel wichtiger ist es, Menschen durch gezielte Weiterbildung und Qualifizierung in den Arbeitsmarkt zu bringen. Es gibt bereits Programme, die Arbeitslose aktiv einbinden, aber die müssen noch besser werden. Die allermeisten Menschen wollen arbeiten. Unser Job ist es, ihnen das zu ermöglichen.

7. Es kann nicht sein, dass über die Hälfte der Bürgergeld-Kosten in Verwaltung fließt, statt in echte Unterstützung.

Wir müssen die Mittel so steuern, dass mehr Geld in Beratung, Qualifizierung und direkte Unterstützung fließt.

8. Arbeit muss sich lohnen – das ist ein Grundsatz der SPD. Deshalb haben wir den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht und wollen ihn auf 15 Euro anheben.

Wer Vollzeit arbeitet, soll mehr haben als jemand, der Bürgergeld bezieht. Eine faire Bezahlung sichert den sozialen Frieden.

Wohnen

Fragen 9,10

9. Ich weiß selbst, wie frustrierend es ist, wenn Wohnen immer teurer wird. Deshalb kämpft die SPD für mehr sozialen Wohnungsbau und eine dauerhafte Mietpreisbremse.

Der Staat muss selbst mehr Wohnungen bauen, das haben wir in der Ampelkoalition auf den Weg gebracht, leider hätte hier mehr Geld in die Hand genommen werden müssen.

Ja, ganz viele Bauvorschriften müssen vereinfacht und vereinheitlicht werden. Nur so kann schneller und günstiger gebaut werden.

Die Mietpreisbremse wollen wir verlängern und noch strenger gestalten, damit sich Mieten nicht ins Unermessliche steigern: Wohnen ist ein Grundrecht und keine Ware.

10. Mit einer älterwerdenden Gesellschaft brauchen wir mehr barrierefreie Wohnungen. Die SPD setzt sich für Zuschüsse für barrierefreie Umbauten ein.

Auch Altbauten können so umgestaltet werden, dass Menschen möglichst lange selbstständig wohnen können.

Sozialleistungen für Geflüchtete

Fragen 11-12

11. Wir müssen menschlich bleiben, aber auch fair. Geflüchtete haben Rechte, aber die Unterstützung muss so gestaltet sein, dass sie zur Integration in Arbeit und Gesellschaft motiviert.

12. Ich sehe die Bezahlkarte kritisch. Sie darf keine zusätzliche Stigmatisierung von Geflüchteten bedeuten.

Wir müssen Lösungen finden, die Missbrauch verhindern, aber auch die Würde der Menschen achten.

Migration/Bildung

Frage 13

Ganz klar: Nein! Sprache ist der Schlüssel zur Integration und zum Arbeitsmarkt.

Die Kürzung von Sprachkursen ist ein großer Fehler.

Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel sollten wir in bessere und schnellere Integration investieren. Die SPD will hier mehr Geld bereitstellen, nicht weniger.